

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Europäischer Gerichtshof: Recht auf Kindergeld in anderem Mitgliedstaat auch bei Arbeitslosigkeit	1
Europäisches Parlament fordert mehr Einsatz für die Rechte von LGBTI-Personen.....	1
Ausschuss der ständigen Vertreter: Maßnahmen für soziale Sicherheit bei "No Deal Brexit".....	1
Europäischer Rat bestätigt Einigung über neues Altersvorsorgeprodukt für Europa	1
Rat der EU: Vorläufige Einigung zu sicherer und transparenter Lebensmittelkette	2
Europäisches Parlament: Änderung der Geschäftsordnung	2
EU-Kommission: Empfehlungen grenzüberschreitenden Zugang zu Gesundheitsdaten	2
Vorläufige Einigung über Gesetz zur Transparenz der Arbeitsbedingungen	2
EU-Kommission und EU-Parlament zu Erasmus+	3
EU-Kommission veranstaltet den Foto-Wettbewerb #MySocialEurope	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Bulgarien: Kontroverse um neues Gesetz zur gewaltfreien Erziehung.....	3
Schweiz: Eidgenössische Kommission für Familienfragen befürwortet umfassende Elternzeit	4
Schweiz: Gesetz zu familienergänzenden Betreuungsmaßnahmen wird verlängert	4
Großbritannien: Law Society veröffentlicht Empfehlungen zum Familienrecht bei einem „No-Deal Brexit“	4
Irland: Regierung plant Referendum zur Beschleunigung von Scheidungsverfahren	4
Weitere Nachrichten	5
COFACE startet Aufruf zur Europawahl	5
EQUINET veröffentlicht Strategie für 2019-2022	5
Illegale Äußerungen im Internet: EU-Kommission bewertet den Verhaltenskodex.....	5
Safer Internet Day.....	6
Vatikan: Papst Franziskus verurteilt sexuellen Missbrauch	6
Berichte und Studien	6
European Youth Forum: Pineapple Report.....	6
OECD: Studie zu Systemen der Erwachsenenbildung	6
EU-Kommission: Ländervergleich Women in Digital	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäischer Gerichtshof: Recht auf Kindergeld in anderem Mitgliedstaat auch bei Arbeitslosigkeit

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass EU-BürgerInnen im EU-Ausland auch dann Anspruch auf Kindergeld haben, wenn sie arbeitslos sind. Das Urteil wurde damit begründet, dass Familienleistungen nicht davon abhängig gemacht werden dürfen, dass die Berechtigten einer Erwerbsarbeit nachgehen. Auch an den Bezug einer beitragsabhängigen Leistung wie z.B. dem deutschen Arbeitslosengeld I dürfe der Bezug von Kindergeld nicht geknüpft werden. Geklagt hatte ein rumänischer Staatsbürger, der in Irland lebt und dort sechs Jahre lang erwerbstätig war. Beim Verlust seines Arbeitsplatzes wurde ihm der Anspruch auf Kindergeld von den irischen Behörden verwehrt. Nachdem seine Klage von irischen Higher Court an den EuGH weitergegeben wurde, hat dieser die Auslegung des Unionsrechts in dieser Weise eindeutig festgelegt.

⇒ [Zum Urteil des EuGH](#)

Europäisches Parlament fordert mehr Einsatz für die Rechte von LGBTI-Personen

In einer Entschließung vom 12. Februar fordert das Europäische Parlament ein stärkeres Augenmerk auf den Schutz von sexuellen Minderheiten in Europa. Darin wird darauf hingewiesen, dass Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI-Personen in der EU fortbestehen und nicht alle Mitgliedstaaten ausreichend wirksamen rechtlichen Schutz böten. Die Kommission wird aufgefordert, die bereits bestehende Strategie durch verbindliche Maßnahmen zu ergänzen, um die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien in Zukunft besser überwachen zu können. Mit Blick auf die zu beobachtenden Rückschläge in einigen EU-Staaten beim Thema Gleichstellung der Geschlechter müsse diesem Thema eine höhere Priorität zukommen.

⇒ [Entschließungsantrag zur Förderung der Gleichstellung in der EU](#)

Ausschuss der ständigen Vertreter: Maßnahmen für soziale Sicherheit bei "No Deal Brexit"

Die BotschafterInnen der Mitgliedstaaten haben sich auf den Entwurf einer Verordnung zur Koordinierung der sozialen Sicherheit für den Fall geeinigt, dass Großbritannien ohne gültiges Austrittsabkommen die EU verlässt. Diese soll sicherstellen, dass die EU-Staaten weiterhin die Grundprinzipien der Koordinierung der sozialen Sicherheit in für britische Staatsangehörige anwenden. Damit soll britischen Staatsangehörigen garantiert werden, dass sie erworbene Ansprüche auf Leistungen der Sozialsysteme in EU-Staaten weiterhin geltend machen können.

Europäischer Rat bestätigt Einigung über neues Altersvorsorgeprodukt für Europa

Die EU-Institutionen haben sich auf ein neue Form der europaweiten Altersvorsorge geeinigt, das pan-European pension product (PEPP). Damit soll sichergestellt werden, dass EU-BürgerInnen in Zukunft zwischen einer größeren Anzahl von unterschiedlichen Altersvorsorgeprodukten wählen können. Ersparnisse sollen zu einem Vorsorgeplan zusammengefasst werden, auch wenn sie in verschiedenen EU-Staaten angelegt werden. Dafür wurden europaweit gültige Standards für Produkte der Altersvorsorge bestimmt. Die private Vorsorge soll zudem insgesamt gefördert werden, da laut Kommission derzeit nur 27% der EuropäerInnen zwischen 25 und 59 Jahren von solchen Angeboten Gebrauch machten. Begründet wird der Bedarf mit den demographischen

Herausforderungen der kommenden Jahre, die nur durch öffentlich finanzierte Rentenmodelle nicht zu meistern seien.

Rat der EU: Vorläufige Einigung zu sicherer und transparenter Lebensmittelkette

Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament haben sich vorläufig auf eine Verordnung zur Transparenz der EU-Risikobewertung für die Lebensmittelindustrie geeinigt. Sie umfasst die Vorgabe für die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, bei Marktzulassungen von Lebensmittelprodukten die zugrunde liegenden Informationen und Daten zu veröffentlichen. Die Kommission kann zudem in Zukunft in begründeten Fällen eine unabhängige Überprüfungsstudie in Auftrag geben. Zudem soll die Verwaltung und Kommunikationen zwischen allen beteiligten Akteuren verbessert werden, um einen transparenten Risikobewertungsprozess zu ermöglichen. Die Neuerungen sind Teil einer umfassenden Überarbeitung des EU-Lebensmittelrechts, die nach den öffentlichen Debatten um Glyphosat und genetisch veränderte Organismen gestartet wurden.

Europäisches Parlament: Änderung der Geschäftsordnung

Das Europäische Parlament hat Änderungen seiner Geschäftsordnung angekommen, die Transparenz, Verhaltensregeln der Mitglieder und politische Parteien und Stiftungen betreffen. Zur Sicherstellung einer erhöhten Transparenz in Gesetzgebungsverfahren sind nun Ausschussvorsitzende und BerichterstatterInnen verpflichtet, Treffen mit Interessenvertretern öffentlich anzukündigen.

Die neuen Verhaltensregeln betreffen vor allem Mobbing und sexuelle Belästigung. Künftig müssen Abgeordnete die Einhaltung des neuen Verhaltenskodex schriftlich erklären, andernfalls können sie nicht zu AmtsträgerInnen des Parlaments gewählt werden oder in offiziellen Delegationen mitwirken. Schwere Verstöße gegen die Verhaltensregeln können zudem bestraft werden. Die Überarbeitung umfasst außerdem neue Bestimmungen für die Überprüfung von politischen Parteien und Stiftungen, nach denen Gruppen von mindestens 50 EU-BürgerInnen künftig eine Überprüfung ihrer Übereinstimmung mit den Bedingungen für diese Organisationen aus dem EU-Vertrag verlangen können.

EU-Kommission: Empfehlungen grenzüberschreitenden Zugang zu Gesundheitsdaten

Um den europaweiten, sicheren Zugang zu Gesundheitsdaten zu ermöglichen, hat die EU-Kommission Empfehlungen veröffentlicht. Sie sollen eine persönlich abgestimmte Versorgung von EU-BürgerInnen in ganz Europa ermöglichen, wofür die Einsicht in elektronische PatientInnenakten erforderlich sei. Im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung der EU soll der Austausch von PatientInnendaten beschleunigt und verbessert werden. Bislang unterscheiden sich die Möglichkeiten des Zugriffs auf diese Daten zwischen den Staaten und sollen nun vereinheitlicht werden. Neben den Vorteilen für PatientInnen verweist die Kommission auf Einsparungen für die Gesundheitssysteme, da zum Teil kostenaufwändige Untersuchungen nicht länger mehrfach durchgeführt werden müssten.

Vorläufige Einigung über Gesetz zur Transparenz der Arbeitsbedingungen

Kommission, Rat und Parlament haben sich auf einen vorläufigen Gesetzgebungsvorschlag zu verlässlicheren Arbeitsbedingungen in der EU geeinigt. Die neuen ArbeitnehmerInnenrechte sollen vor allem Personen zu Gute kommen, die in bisher uneinheitlich regulierten atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Sie umfassen

die Begrenzung von Probezeiten auf maximal sechs Monate, das Recht nach sechs Monaten Beschäftigung bei einem Arbeitgeber vorhersehbare Arbeitsbedingungen zu beantragen und kostenlose Schulungen zu erhalten, wenn diese nach EU-Recht oder Recht der Mitgliedstaaten notwendig sind. Das neue Gesetz soll für alle ArbeitnehmerInnen gelten, die mindestens 12 Stunden im Monat arbeiten. Es wurde geschaffen, um auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes durch neue Beschäftigungsformen und die Digitalisierung zu reagieren.

⇒ [Zum Vorschlag der Kommission](#)

EU-Kommission und EU-Parlament zu Erasmus+

Die nun beschlossene überarbeitete Fassung des Jahresarbeitsprogramms für Erasmus+ umfasst eine deutliche Erhöhung der bereitgestellten Mittel. Zusätzlich zu den für das Jahr bisher geplanten 3 Milliarden Euro sollen dem Programm weitere 251 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Erhöhung wurde im Rahmen des Beschlusses über den gesamten EU-Haushalt für 2019 zwischen Parlament und Rat vereinbart. Nach dieser Aufstockung erhält Deutschland nach Angaben der Kommission 25 Millionen Euro zusätzlich aus den Mitteln des Programms.

Unterdessen hat der Ausschuss für Kultur und Bildung des EU-Parlaments für die neue Generation des Mobilitätsprogramms Erasmus+ für 2021-2027 eine Verdreifachung des Budgets, ein Fokus auf benachteiligte junge Menschen sowie mehr Kofinanzierung und Synergien mit anderen europäischen Programmen gefordert. Er empfiehlt detaillierte Maßnahmen, um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Barrieren abzubauen sowie mehr jungen Menschen eine Teilnahme an den verschiedenen Mobilitätsformaten zu ermöglichen.

⇒ [Zum überarbeiteten Programm von Erasmus+ für 2019](#) 

⇒ [Zum Beschluss des Ausschusses für Kultur und Bildung des EU-Parlaments](#) 

EU-Kommission veranstaltet den Foto-Wettbewerb #MySocialEurope

Der Wettbewerb #MySocialEurope richtet sich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, die in der EU leben. Bis zum 4. März 2019 können sie auf kreative Weise die Frage beantworten, wie das soziale Europa der Zukunft aussehen soll. Drei GewinnerInnen werden zum Young Citizen's Dialogue in Sibiu (Rumänien) eingeladen, bei der EU-Kommissarin Marianne Thyssen mit 300 jungen EuropäerInnen über die Zukunft Europas diskutieren wird. Im Rahmen der Veranstaltung wird es auch eine Ausstellung der besten Beiträge geben. Sie erhalten zudem als Preis einen Interrail-Pass. Der Wettbewerb soll die Auseinandersetzung junger Menschen mit den sozialen Rechten in der EU fördern und ihr politisches Engagement in diesem Bereich anregen.

⇒ [Zum Wettbewerb #mysocialeurope](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Bulgarien: Kontroverse um neues Gesetz zur gewaltfreien Erziehung

Die bulgarische Regierung plant im Rahmen einer neuen Präventionsstrategie gegen häusliche Gewalt, physische Gewalt gegen Kinder unter Strafe zu stellen. Von Seiten der bulgarischen orthodoxen Kirche wurden diese Pläne

scharf kritisiert: In einer offiziellen Erklärung schreibt die Kirche, bestimmte psychische und körperliche Gewaltformen seien der Erziehung dienlich und dürften nicht kriminalisiert werden.

Schweiz: Eidgenössische Kommission für Familienfragen befürwortet umfassende Elternzeit

Im Sommer vergangenen Jahres hatte die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) ein wissenschaftlich gestütztes Positionspapier veröffentlicht, in dem sie für die Einführung einer 38-wöchigen Elternzeit argumentiert (siehe [EuropaNews August 2018](#)). Darin wird dargelegt, dass eine solche Regelung nicht nur für Eltern, sondern durch höhere Steuereinnahmen, weniger Fehlzeiten und geringere Kosten für Personalrekrutierung auch für Unternehmen vorteilhaft wäre. Zudem verweist die EKFF auf den gesellschaftlichen und gesundheitlichen Nutzen solcher Regelungen. Mit Blick auf die aktuelle politische Lage spricht sie sich zunächst für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs aus, die derzeit verhandelt wird.

⇒ [Zur Stellungnahme der EKFF](#) 

Schweiz: Gesetz zu familienergänzenden Betreuungsmaßnahmen wird verlängert

Seit dem Jahr 2003 ist das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz in Kraft. Dabei handelt es sich um ein befristetes Programm, das den Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern unterstützen sollte, um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Eltern in der Schweiz zu erleichtern. Nach aktuellen Berichten des Bundesamts für Sozialversicherungen ist der Bedarf an Betreuungsplätzen noch immer nicht gedeckt: Im Berichtszeitraum von Februar 2018 bis 2019 gingen erneut 230 Anträge auf Finanzhilfen aus diesem Budget ein, vor allem aus den Bereichen der Kindertagesstätten und der schulergänzenden Betreuung. Anlässlich dieser letzten Evaluation wird das Programm laut Parlamentsbeschluss für den Zeitraum von 2019 bis 2023 ein drittes Mal verlängert.

⇒ [Bilanz des BGV zum Bundesgesetz über familienergänzende Betreuungsmaßnahmen](#)

Großbritannien: Law Society veröffentlicht Empfehlungen zum Familienrecht bei einem „No-Deal Brexit“

Die britische Organisation „The Law Society“ hat eine Übersicht von familienrechtlichen Erwägungen zum Austritt Großbritanniens aus der EU herausgegeben. Die Empfehlungen richten sich an AnwältInnen, um ihnen die praktische Planung familienrechtlicher Auseinandersetzungen im Zuge des Brexits mit klaren Angaben zu erleichtern. Sie enthalten Richtlinien zu den Themen Scheidung und Gütertrennung, Anerkennung britischer Scheidungen in der EU, Rententeilung und zu Kindern.

⇒ [Familienrechtliche Richtlinien der Law Society](#)  

Irland: Regierung plant Referendum zur Beschleunigung von Scheidungsverfahren

Die irische Regierung hat ein Referendum zur Reform des Scheidungsrechts angeordnet. Mit den Europawahlen im Mai 2019 sollen die irischen BürgerInnen auch darüber abstimmen, ob der Zeitraum, den Paare vor einer offiziellen Scheidung getrennt leben müssen, verkürzt werden soll. Die Regierung plant eine Verkürzung von vier auf zwei obligatorische Trennungsjahre und wird die Änderung umsetzen, wenn die Bevölkerung im Frühjahr

zustimmt. Irland hat eine der niedrigsten Scheidungsraten Europas. Bis zum Jahr 1995 waren Scheidungen vor dem irischen Gesetz nicht möglich.

Weitere Nachrichten

COFACE startet Aufruf zur Europawahl

In Vorbereitung auf die Europawahlen im Mai 2019 hat COFACE die Kampagne #allfamiliespeakout ins Leben gerufen, die dazu aufruft, für ein soziales, inklusives und demokratisches Europa zu wählen. Sie soll auf die Europawahlen aufmerksam machen, BürgerInnen zum Wählen und zu politischen Diskussionen anregen. Die Vision für europäische Politik der COFACE werden in zehn Grundwerten zusammengefasst: Zugang zum gesellschaftlichen Leben für alle BürgerInnen, die Investition in Bildung und Gesundheit von Kindern, Ermächtigung aller BürgerInnen zur politischen Partizipation, Chancengleichheit der Geschlechter, Zugang zu digitalen Technologien, Diskriminierungsfreiheit, Achtung der Menschenrechte, soziale Inklusion und Armutsbekämpfung, Solidarität zwischen den Generationen und Nachhaltigkeit.

- ⇒ [Aufruf auf der Website der COFACE](#) 
- ⇒ [Aufruf auf Facebook](#) 
- ⇒ [Aufruf auf Twitter](#) 

EQUINET veröffentlicht Strategie für 2019-2022

Das Europäische Netzwerk europäischer Gleichstellungseinrichtungen EQUINET hat seine strategische Planung bis 2022 veröffentlicht. In diesem Zeitraum will das Netzwerk sich insbesondere auf die Evaluation der Gleichstellungsbehörden in einzelnen Staaten und Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung zwischen Einrichtungen in verschiedenen Ländern konzentrieren sowie die Mitgliedsorganisationen dazu befähigen, ihre Sichtbarkeit und Wirksamkeit auf nationaler und EU-Ebene zu verbessern.

- ⇒ [Strategic Plan von EQUINET für 2019-2023](#)  

Illegale Äußerungen im Internet: EU-Kommission bewertet den Verhaltenskodex

Die EU-Kommission hat ihre vierte Bewertung des EU-Verhaltenskodex gegen illegale Hetze im Internet veröffentlicht. Sie meldet, dass die Selbstverpflichtung großer IT-Unternehmen gute Ergebnisse erzielt habe: So würden 89 Prozent der als illegal gemeldeten Inhalten auf den beteiligten Portalen innerhalb von 24 Stunden geprüft und 72 Prozent der als illegal bewerteten Inhalte entfernt. Bei der Einführung des Kodex im Jahr 2016 lag die Quote nur bei 40 bzw. 28 Prozent. Wichtige Unternehmen der Branche wie Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft verpflichteten sich im Jahr 2016 zur Bekämpfung der Verbreitung illegaler Inhalte, im Jahr 2018 schlossen sich auch Google+, Instagram, Snapchat und Dailymotion an. Der Kodex soll verhindern, dass NutzerInnen sich im Netz bedroht fühlen und will dabei gleichzeitig ein großes Augenmerk auf die freie Meinungsäußerung legen.

- ⇒ [Factsheet zur Bewertung des EU-Verhaltenskodex](#)  
- ⇒ [Q&A zur Methodik der Evaluation](#) 



Safer Internet Day

Der internationale Safer Internet Day fand dieses Jahr am 5. Februar statt. Unter dem Motto „together for a better internet“ gab es zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen zum Thema Internetsicherheit. Für Deutschland koordinierte die Initiative klicksafe die verschiedenen Aktionen, um möglichst viele Organisationen und BürgerInnen zum Mitmachen zu bewegen. Neben Informationsveranstaltungen und Workshops für Kinder und Jugendliche wurde die online Mitmach-Aktion #lauteralshass durchgeführt. Unter diesem Hashtag veröffentlichten Initiativen, Privatpersonen und InfluencerInnen Beiträge gegen hate speech im Netz auf verschiedenen Social media Plattformen.

- ⇒ [Zur Initiative "klicksafe"](#)
- ⇒ [Weitere Informationen zum "Safer Internet Day"](#)

Vatikan: Papst Franziskus verurteilt sexuellen Missbrauch

Auf einem Gipfeltreffen zu sexuellem Missbrauch kündigte Papst Franziskus die umfassende Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in Institutionen der katholischen Kirche an. Er versicherte, dass die Kirche zukünftig stärker mit der Justiz zusammenarbeiten werde, und betonte, dass es einen umfassenden Wandel der Mentalität in der Kirche geben müsse, um die Vertuschung solcher Straftaten in Zukunft zu vermeiden. Mit dem Treffen reagierte die katholische Kirche auf weltweit bekannt gewordene Fälle sexuellen Missbrauchs durch katholische Würdenträger. Opferschutzverbände und KritikerInnen aus Wissenschaft und Politik fordern eine umfassende Strafverfolgung der Täter, Reformen in kirchlichen Strukturen sowie konkrete Präventionsmaßnahmen.

Berichte und Studien

European Youth Forum: Pineapple Report

Der Pineapple Report beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf das tägliche Leben. Erarbeitet wurden Policy-Vorschläge zur Regulierung ihrer Folgen auf die Arbeitswelt, die Demokratie und das gesellschaftliche Zusammenleben. Vorgeschlagen werden beispielsweise international akzeptierte Konventionen für digitale Rechte, der Ausbau sicheren E-Governments, die Anpassung der Bildungssysteme an die Digitalisierung und den Schutz arbeitsrechtlicher Standards trotz der Verbreitung flexibler Beschäftigungssysteme. Finanziert wurde der Report von Google.

- ⇒ [Zum Pineapple-Report](#) 

OECD: Studie zu Systemen der Erwachsenenbildung

Der Bericht „Getting Skills Right: Future-Ready Adult Learning Systems“ geht davon aus, dass neue Technologien in der Arbeitswelt, die globalisierte Wirtschaft und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur einen Wandel der Formen von Erwerbsarbeit und von den Anforderungen an Beschäftigte bewirkt haben. Es wird berichtet, dass Angebote zur Weiterbildung und Umschulung besonders in den Beschäftigungsbereichen, die von der Transformation der Arbeitswelt am meisten gefährdet sind, am wenigsten angeboten und genutzt werden. Es wird empfohlen, die Weiterbildungsangebote besser auf Zielgruppen und Arbeitsmarktanforderungen

anzupassen, sie regelmäßig zu evaluieren und an ihrer Qualität zu arbeiten sowie öffentliche Finanzierung und die Beteiligung von Unternehmen sicherzustellen.

⇒ [Getting Skills Right: Future-Ready Adult Learning Systems](#) 

EU-Kommission: Ländervergleich Women in Digital

Die Europäische Kommission hat Länderberichte zur Nutzung digitaler Angebote von Frauen veröffentlicht. Zum Vergleich wurde der Women in Digital Index gebildet, der sich aus den Variablen „Internetnutzung“, „Nutzungsfähigkeiten“ und „Professionelle Fähigkeiten“ zusammensetzt. Mit einem Wert von 48,8 liegt Deutschland knapp unter dem EU-Durchschnitt von 49,1 und auf dem 14. Platz im Ländervergleich. Auch beim Anteil weiblicher IT-Spezialistinnen kommt Deutschland mit 16,6% dem EU-Durchschnitt von 16,7% sehr nahe. Der Anteil der Bevölkerung mit überdurchschnittlichen digitalen Kenntnissen ist in den Altersgruppen zwischen 25 und 54 und zwischen 55 und 75 Jahren bei Männern deutlich höher, in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren verringert sich der Unterschied und hier sind es mehr Frauen, die überdurchschnittliche Kenntnisse aufweisen.

⇒ [Zum Download der Reports für alle EU-Staaten](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
05. März 2019 Brüssel, Belgien	'New insights into adolescence: How can we increase the understanding of and the support for adolescents?'	Working Group on the Quality of Childhood
07. März 2019 Paris, Frankreich	Conference on Gender Equality in Business	OECD
12. – 15. März 2019 Leipzig	Regaining Europe – Eine politische (Bildungs-)Herausforderung für die Jugendarbeit in Europa	JUGEND für Europa
21. – 22. März 2019 Brüssel, Belgien	Mobility of Apprentices in Europe: A contribution to youth employment and competitiveness of business	Europäische Kommission
02. Apr. 2019 Brüssel, Belgien	Strengthening integration within early childhood systems – why and how?	Intensys
01.-05. Apr. 2019 Preston, England	International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems	BASW
17.-18. Apr. 2019 Brüssel, Belgien	Eurochild General Assembly and Member's Day	Eurochild
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family

		and Couple Relations
--	--	----------------------

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

